

# THEMA IM LANDTAG

## Haushaltspolitik der Landesregierung ohne Perspektiven

### Haushalt 2006 unseriös, unwirtschaftlich, unsozial und verfassungswidrig

Die Beratungen des Landshaushalts 2006 endeten im Landtag erneut mit scharfer Kritik an dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf. Gleichzeitig stellte Wolfgang Jüttner die Perspektiven der SPD-Fraktion vor.

Wie in allen Politikfeldern liegen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander: Statt der immer wieder behaupteten Haushaltksolidierung nimmt die Landesregierung weiterhin ungehemmt Schulden auf und versteckt sie in Schattenhaushalten. Unter dem Strich wird Finanzminister Möllring mit 11,28 Milliarden Euro in dieser Wahlperiode so viele neue Kredite aufgenommen haben wie keiner seiner Vorgänger in den letzten 60 Jahren.

Obwohl der CDU-Regierung allein in Jahren 2003 – 2006 2,20 Milliarden mehr Steuereinnahmen zur Verfügung standen als im letzten Jahre der SPD-Regierung und sie gleichzeitig noch Landesvermögen im Werte von 1,90 Milliarden Euro verkaufte, wachsen die Landesschulden auf ein Rekordhoch. Gleichzeitig sind die Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben so niedrig wie noch nie. Die Investitionsquote von 7,2 % ist die schlechteste aller 16 Bundesländer.

Der Haushalt 2006 zeichnet sich dadurch aus, dass auf echte Konsolidierung ver-

zichtet wurde und statt dessen Vermögenswerte in Höhe von über 1,10 Milliarden Euro veräußert werden. Es werden erneut Anteil an der Nord LB an die landeseigene HanGB verkauft, die diesen Kauf natürlich Kredit finanzieren muss. Die wenigen Konsolidierungsmaßnahmen werden zudem wieder bei den Schwächsten vorgenommen: »Trotz des hohen Konsolidierungsbedarfs von weit über 1 Milliarde Euro kommen Sie mit 15 Millionen Euro Einsparungen daher. Selbst davon erwirtschaften Sie ein Drittel im Sozialbereich: 300 000 Euro bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, 629 000 Euro bei der Lernmittelausleihe, 1,77 Millionen Euro bei der Finanzhilfe für Tageseinrichtungen für Kinder.«, kritisierte Jüttner.

Die letzten Jahre der CDU-Regierung waren auf der einen Seite von den massiven, politisch motivierten Verzichten auf der Einnahmeseite und gleichzeitig von unwirtschaftlichen und unsozialen Kürzungen gekennzeichnet. Während die Landesregierung alle Vorschläge der Bundesregierung zum Subventionsabbau durch ihr Veto im Bundesrat verhindert hat, beseitigte sie die Lernmittelfreiheit, das Blindengeld und kürzte die Mittel für die Hausaufgabenhilfe.

Die Vielzahl der unsozialen Kürzungen wäre nicht notwendig gewesen, wenn die



Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern besinnliche Festtage und einen guten Rutsch ins Jahr 2006.

Liebe Leserinnen und Leser,

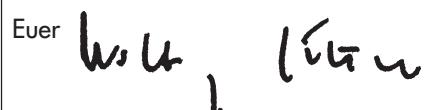


**Wolfgang Jüttner**

der Landtag hat gegen die Stimmen der SPD den Landshaushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Obwohl wir konkrete Einsparvorschläge gemacht und in unserem Antrag einen klaren Akzent in den Bereichen Bildung und Soziales gelegt haben, ist keine unserer Forderungen übernommen worden. Stattdessen haben vor allem die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP wieder einmal einen Diskussionsstil an den Tag gelegt, der vielleicht in einem Schützenzelt angemessen sein mag, ganz sicher nicht aber im Parlament.

Wir werden uns auch durch spätpubertäre Rüpeleien nicht aus unserem Konzept bringen lassen. Wir wollen – auch wenn in Berlin inzwischen eine Große Koalition reagiert – eine harte, aber sachorientierte und im persönlichen Umgang faire Oppositionspolitik betreiben.

Mein Eindruck ist, dass die Menschen nicht nur in Niedersachsen die Nase voll haben von politischen Schattenfechttereien. Deshalb muss die Auseinandersetzung mit den konkreten Inhalten von CDU und FDP im Vordergrund stehen. Und Kritikwürdiges gibt es leider mehr, als uns lieb sein kann.

Euer 

CDU-Bundesratsmehrheit die notwendigen Maßnahmen zum Subventionsabbau nicht blockiert hätte. Allein die von der SPD geforderte Streichung von bestimmten Steuersubventionen hätte dem Land in vier Jahren Mehreinnahmen von 1,22 Milliarden Euro gebracht. Diese Zahlen sind von der Regierung Wulff/Möllring immer wieder besseren Wissens bestritten worden. Die offiziellen Zahlen des nun von der großen Koalition beschlossenen Subventionsabbaus bestätigen jedoch die Anträge der SPD-Landtagsfraktion. Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums werden dem Niedersächsischen Landeshaushalt allein durch die Streichung von Steuervergünstigungen in den nächsten vier Jahren ca. zusätzlich ca. 1,170 Milliarden Euro zufließen.

Aus der Haushaltspolitik der Landesregierung lässt sich die neoliberalen Geisteshaltung ablesen. Der geplante Verkauf der Landeskrankenhäuser macht aus ökonomischer Sicht keinen Sinn. Hier hat sich Privatisierungswahn der FDP durchgesetzt, der den Staat auf ein Minimum beschränken will. Dieser Politik ist bei der Bundestagswahl eine klare Absage erteilt worden: Wolfgang Jüttner bewertete

zunächst das Ergebnis der Bundestagswahl: »Es freut uns auch sehr, dass allen Albträumen des Marktradikalismus die rote Karte gezeigt worden ist.«

Trotz alledem ist der Landeshaushalt erneut verfassungswidrig. Zur von der SPD zurzeit geprüften Klage vor dem Staatsgerichtshof sagt Jüttner: »Das Thema Verfassungswidrigkeit wird uns hier weiterhin beschäftigen. Die ersten Beschlüsse der großen Koalition zum Thema Subventionsabbau sind der Beweis dafür, dass die Landesregierung ihre Spielräume nicht ausgeschöpft hat und dass Sie hätten anders agieren können. Die bisherige Argumentation von Herrn Möllring ist damit obsolet. Aber es kann ja sein, dass er sich geschmeidig zeigt und Herrn Steinbrück's Argumentation mit der Störung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts folgt. Das würde uns allerdings veranlassen, die Frage der Verfassungswidrigkeit erneut zu prüfen. Wir sind gespannt, wie sich Regierung und Mehrheitsfraktionen hier positionieren.«

Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, die in den kommenden Jahren zu erwartenden Mehreinnahmen aus

Subventionsabbau und der Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht im Haushalt versickern zu lassen. Schon im Jahre 2007 werden ca. 600 Mio. Euro zusätzlich beim Land verbleiben. Wolfgang Jüttner fordert, diese Mittel zweckgerichtet für Zukunftsaufgaben zu verwenden. So müssen 180 Mio. an die Kommunen gehen, um die von der CDU vorgenommenen Kürzung des Finanzausgleichs zurückzunehmen. Die Nettokreditaufnahme muss jährlich zusätzlich um 250 Mio. Euro verringert werden und 170 Mio. Euro sind jährlich für Bildung, Schule und Hochschule einzusetzen.

Wolfgang Jüttner schloss seine Rede mit einem Blick in die Zukunft: »Die Politik in Berlin wird uns weitere Spielräume geben. Wir wollen sie für die Gestaltung des Landes zum Wohle der Menschen in Niedersachsen nutzen. Die Konsolidierung des Landeshaushalts, die Stärkung der Kommunen und ihrer Investitionsmöglichkeiten und der Ausbau der Bildungsmöglichkeiten sind die zentralen Investitionen in die Zukunft. Wer diese Möglichkeiten verschläft oder bewusst nicht nutzt, der hat es nicht verdient, dieses Land zu regieren.«

## Modell ist unsozial und verbessert nicht die Studienbedingungen SPD präsentiert Gutachten zu Studiengebührenmodell

**Die niedersächsischen Hochschulen werden bis zu einem Drittel ihrer Einnahmen aus Studiengebühren für die Finanzierung des vorgesehenen Ausfallfonds und die Bewältigung des zusätzlichen Verwaltungsaufwandes ausgeben müssen. Das ist eines der Ergebnisse einer von der SPD-Fraktion in Auftrag gegebenen Studien zu den Folgen des für Niedersachsen geplanten Studiengebührenmodells.**

Ministerpräsident Wulff hatte im »Zukunftsvertrag« mit den Hochschulen vereinbart, dass die Studiengebühren ungenschmälert für die Verbesserung der Lehre eingesetzt werden sollten. »Unsere Befürchtung, dass die Landesregierung ihr Versprechen brechen würde, ist damit auf Grundlage von präzisen Berechnungen bestätigt«, sagte heute der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner.

CDU und FDP wollen in dieser Woche über das Haushaltsgesetz allgemeine Studiengebühren von 1.000 Euro pro Jahr in Niedersachsen einführen. Nachdem das Wissenschaftsministerium sein lange angekündigtes Modell immer wieder in entscheidenden Punkten geändert hatte, fanden die Gesetzesberatungen unter einem erheblichen Zeitdruck statt. CDU und FDP räumten den Hochschulen entgegen anders lautenden Zusicherungen keine Möglichkeit zur Stellung-



Vorstellung der Studiengebühren-Expertise bei einer Pressekonferenz: Dr. Dieter Dohmen (FiBS), Wolfgang Jüttner und Dr. Gabriele Andretta (v.l.n.r.)

nahme ein. Die massiven Bedenken des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes

sowie des Landesrechnungshofes wurden ignoriert. »Weil das Wissenschaftsminis-

terium nicht in der Lage war, eine Gesetzesfolgenabschätzung vorzulegen, haben wir das renommierte Kölner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt«, erklärte die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Dr. Gabriele Andretta. »Wir haben bewusst eine Institution ausgewählt, die sich in der Vergangenheit für die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen hat. Denn wir wollten uns nicht dem Vorwurf aussetzen, unsere politische Überzeugung lediglich durch ein Gefälligkeitsgutachten zu untermauern.«

Einige ausgewählte Ergebnisse der Untersuchung:

- **Erhebliche Zinsbelastung für Studierende schon in der Regelstudienzeit:**

Wer innerhalb von 10 Semestern ein Bachelor- und Masterstudium abschließt und damit so schnell studiert, wie es die Politik immer fordert, muss bei einem langfristig denkbaren Zinssatz von 9 Prozent 58 Euro pro Monat allein für die Zinsen zahlen. Erst bei höheren Belastungen kann der Kredit für die Studiengebühren getilgt werden.

- **Ungerechte Regelungen zur Rückzahlung:**

Der Kredit für die Studiengebühren muss erst bei Überschreitung eines gewissen Mindesteinkommens zurückgezahlt werden. Ein Fallbeispiel macht die Absurdität deutlich: Einer allein erziehenden Mutter mit einem nach Abschluss des Studiums geborenen Kind und einem Bruttoeinkommen von 1.495 Euro (zusätzlich Kindergeld) bleiben nach Abzug der Kosten für Lebensunterhalt, Miete und Kinderbetreuung 61 Euro. Davon müsste sie 58 Euro allein für die Zinsen aus dem Studiengebührenkredit zahlen (siehe oben).

- **Ausfallfonds zu gering veranschlagt:**

Die Hochschulen sollen nach den Plänen von Wissenschaftsminister Stratmann einen Ausfallfonds finanzieren. Darüber sollen unter anderem Kreditrisiken für Studierende abgesichert werden, die nicht das Mindesteinkommen erreichen, ab dem die Kredite zurückgezahlt werden müssen. Das Wissenschaftsministerium geht davon aus, dass sechs Prozent der Einnahmen aus Studiengebühren zur Finanzierung dieses Fonds gebraucht werden. Zu erwarten ist jedoch, dass für diesen Fonds 13 bis 16 Prozent der Einnahmen aus Studiengebühren benötigt werden – und damit mehr als das Dop-



Am 08.12.2005 demonstrierten rund 1.500 Studierende aus ganz Niedersachsen gegen die Einführung der Studiengebühren. Parallel zur Demonstration vor dem Landtag verabschiedete der Landtag das umstrittene Studiengebührensgesetz (siehe auch nebenstehenden Artikel). Einer der Hauptredner war der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner. Das Foto zeigt den »Juso-Block«.

pelte des geplanten Ansatzes. Die Planungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung. Die niedersächsische Landeshochschulkonferenz spricht sich entschieden dagegen aus, diesen Ausfallfonds zu finanzieren. Sie beruft sich dabei auf den »Zukunftsvertrag« und das Bundesverfassungsgericht. Die Karlsruher Richter fordern, dass die Länder (und nicht die Hochschulen) die soziale Abfederung der Studiengebühren gewährleisten.

- **Hoher Verwaltungsaufwand:** Das Studiengebührenmodell sieht eine Reihe von (prinzipiell sinnvollen) Ausnahmeregelungen vor. So sollen Studierende, die Kinder unter 14 Jahren betreuen oder Angehörige pflegen, von der Gebührenpflicht ausgenommen werden. Die notwendige Einzelfallprüfung führt zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand bei den Hochschulen. Zudem müssen die Hochschulen Vorsorge für die absehbare Flut von Gerichtsprozessen treffen. Zusammen mit den von den Hochschulen zu tragenden Kosten für den Ausfallfonds ergeben sich damit Ausgaben, die bis zu ein Drittel des Volumens der Studiengebühren ausmachen können. Diese Mittel stehen folglich nicht für die beabsichtigte Verbesserung der Studienbedingungen zur Verfügung.

- **Keine Verbesserung der Studienbedingungen:** Aus verfassungsrechtlichen Gründen können die Einnahmen aus Studiengebühren nicht zur Verbesse-

rung der Betreuungsrelation in besonders nachgefragten Studiengängen durch Einstellung zusätzlichen wissenschaftlichen Personals eingesetzt werden. Das betrifft zwei Drittel der Studienplätze in Niedersachsen. Auf diesen Sachverhalt hatten bereits der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landestages und der Landesrechnungshof erfolglos hingewiesen.

»Das Studiengebührenmodell von Minister Stratmann ist unsozial und wird die Studienbedingungen in Niedersachsen um keinen Deut verbessern«, so das Fazit von Andretta. »Die Untersuchung weist zudem auf eine ganze Reihe von schweren handwerklichen Fehlern hin. Angeichts der Kaltschnäuzigkeit, mit der Wissenschaftsminister Stratmann in den vergangenen Monaten über unsere Einwände hinweggegangen ist, habe ich aber kaum noch Hoffnung, dass sich die Abstimmung am kommenden Freitag verhindern lässt.«

Die knapp 50-seitige »Analyse des Studiengebührenmodells der niedersächsischen Landesregierung« kann im Internet unter [www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de) abgerufen werden. Auf Anfrage (Kontakt: sophie.bergmann@lt.niedersachsen.de) schicken wir sie euch auch gerne per E-Mail zu.

Nähere Informationen zum Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie findet ihr im Internet unter [www.fibs-koeln.de](http://www.fibs-koeln.de).

## Umstrittenen Fitnesstest stoppen

**Die SPD-Fraktion fordert Kultusminister Busemann auf, den umstrittenen Fitness-test an den niedersächsischen Schulen zu stoppen. Dieser soll in den Jahren 2006 und 2007 wiederholt werden (siehe Drs. 15 / 2382 »Fitnesslandkarte: immenser Aufwand, wenig Ertrag«).**

Der Fitnesstest ist eine bürokratisches Monstrum. Ein Blick auf die Internetseite von [www.fitnesslandkarte.de](http://www.fitnesslandkarte.de) verdeutlicht dies: eine Seite Erlass, zwölf Seiten Handreichung, zwei Seiten Elternbrief, die Testbögen für Schülerinnen und Schüler, Fragenbogen für Schülerinnen und Schüler, dazu ein Schnellbrief zur Datensicherung sowie drei Seiten ergänzende Informationen. Durch die aufwändige Datenerhebung fällt massenweise Sportunterricht in den betroffenen Klassenstufen 1 bis 10 aus. Der Verwaltungsaufwand steht in keinerlei Verhältnis zu dem zu erwartenden Erkenntnisgewinn.

Dabei besteht kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit. Wir wissen aus zahlreichen nationalen und internationalen Studien, dass immer mehr Kinder zu dick sind und unter zum Teil erheblichen Bewegungsmangel leiden. Durch das Ausfüllen eines Fragebogens wird kein einziges Kind fitter.

Der Sport- und Schwimmunterricht muss verbessert sowie eine engere Kooperation der Schulen mit den Sportvereinen hergestellt werden. Der Fitnesstest ist eine reine Alibi-Veranstaltung.

Kultusminister Bernd Busemann hat sich einmal mehr eine PR-Aktion ausgedacht, um von den echten Problemen abzulenken. Gerade im Fach Sport ist der Unterrichtsaufall besonders auffällig. Schwimmunterricht findet nach den neuen Vorgaben des Kultusministers in Niedersachsen immer weniger statt. Bei den Landeszuschüssen für den Sport ist in den vergangenen Jahren besonders massiv gekürzt worden.



**Ingrid Eckel,  
schulpolitische Sprecherin**

### Ohne Ausschreibung ...

240.000 Euro gehen pro Jahr ohne Ausschreibung an das Wissenschaftliche Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD). Der Landtagsabgeordnete Kuno Winn (MdL der CDU) macht sich in Leserbriefen für die Fitnesslandkarte und das WIAD stark. Warum? Kuno Winn ist der Vorstandsvorsitzender des WIAD.

## Was sagen Expertinnen und Experten sowie Eltern zur Fitnesslandkarte?

Der **Landeselternrat** bezeichnete den Erlass als »ungenügend«. Messen alleine reiche nicht, sagte Verbandschef Hans Jürgen Vogel. (Quelle: NWZ, 6.12.2005)

Nach Ansicht des **Stadtelternrates Brake** ist der Test medizinisch unsinnig und verstößt gegen den Datenschutz. (Quelle: NWZ, 3.12.2005)

Das **Institut für Sportwissenschaft der Uni Hannover** lässt kein gutes Haar an den Test (...) Für eine aussagekräftige Studie sei auch eine repräsentative Stichprobe ausreichend. Zu dem sei das mit der Testauswertung beauftragte privatwirtschaftliche Institut WIAD in Fachkreisen umstritten. (Quelle: HAZ, 2.12.2005)

Wäre es nicht besser gewesen, man hätte die für die »Fitnesslandkarte Niedersachsen« ver(sch)wendeten Mittel eingesetzt für die bessere Ausstattung von Sporthallen und Pausenhöfen mit Sportgeräten und für die Einstellung von mehr ausgebildeten Sportlehrkräften? (Quelle: Stellungnahme des **Kreisverbandes Harburg** der GEW zum Erlass)

Für heftige Reaktionen sorgt auch die Tatsache, dass für den Test Unterricht ausfällt. »Dieser Erlass produziert den Unterrichtsausfall geradezu«, schimpfte Lochte. (Quelle: Neue Presse Hannover, 27.10.2005. **Richard Lochte ist Vorsitzender des Stadtelternrates Hannover**)

Weitere treffende Informationen gibt es auf der Homepage des Stadtelternrates Hannover unter <http://www.stadtelternrat-hannover.de>

## Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite [www.spd-landtag-nds.de](http://www.spd-landtag-nds.de) mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemitteilungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz ([thilo.scholz@lt.niedersachsen.de](mailto:thilo.scholz@lt.niedersachsen.de), Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTiLs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.

## Conti gefährdet die soziale Marktwirtschaft

**Die geplante Schließung der PKW-Reifen Produktion der Continental AG am Standort Hannover Stöcken und die damit verbundene Vernichtung von 320 Arbeitsplätzen ist von Wolfgang Jüttner scharf kritisiert worden. Die Continental AG, die es seit Jahren versäumt hat in die Modernisierung ihrer Fabrik in Hannover zu investieren, bricht damit bestehende Vereinbarungen mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft.**

Andere Reifenproduzenten haben die Produktion in Deutschland rechtzeitig modernisiert und wollen sich keineswegs aus Deutschland zurückziehen. Mit der Entscheidung gegen die PKW-Reifenproduktion gefährdet Conti gleichzeitig weitere Arbeitsplätze in Hannover im Bereich der Forschung und Entwicklung.

Das Unternehmen Conti sei ökonomisch auf der Erfolgspur, wie zunehmende Gewinne und erhöhte Dividenden ausweisen. Trotzdem sind diesem Weltkonzern Ortsbindung, Tradition sowie Verantwortung für Beschäftigte und Angehörige immer mehr zu Fremdwörtern geworden. »Herr Wennemer, der Vorstandsvorsitzende der Continental AG, exekutiert die Logik einer internationalen Ökonomie, die mit der Tradition der sozialen Marktwirtschaft brutal gebrochen hat.«, kritisierte Wolfgang Jüttner.

Jüttner weiter: »Ein Wennemer-Kapitalismus zerstört die Rechts- und Planungssicherheit, zwingt Gewerkschaften in fundamentalere Opposition und gefährdet mittelfristig den sozialen Frieden in Deutschland.«

Der Landesregierung warf Jüttner Untätigkeit vor. Bereits Anfang November haben die beiden hannoverschen Abgeordneten Heiner Aller und Günter Lenz auf die drohende Entwicklung bei Conti aufmerksam gemacht. Das Engagement von Herrn Wulff und Herrn Hirche ist hingegen lustlos und enttäuschend. Der Ministerpräsident hat sich offenbar schon vor Wochen mit der Schließung der PKW-Reifenproduktion in Stöcken abgefunden. »Sie lassen sich von der Argumentation von Herrn Wennemer einlullen.« warf Jüttner der Landesregierung vor. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion sicherte den Conti-



**Günter Lenz,  
wirtschaftspolitischer Sprecher**

Beschäftigten seine Unterstützung zu: »Die Beschäftigten wehren sich gemeinsam mit ihren Gewerkschaften. Wir stehen an ihrer Seite. Die PKW-Reifenproduktion in Hannover muss Zukunft haben!«

## CDU und FDP vernichten Arbeitsplätze – Vergabegesetz faktisch abgeschafft

**Gegen die Stimmen von SPD und Grünen hat der Landtag die faktische Abschaffung des Vergabegesetzes beschlossen. Das im Jahr 2002 nach intensiven Diskussionen verabschiedete Gesetz sollte im Baugewerbe und im Personennahverkehr faire Wettbewerbsbedingungen schaffen.**

Aufträge des Landes und der Kommunen durften nur an solche Unternehmen vergeben werden, die sich an einen repräsentativen Tarifvertrag halten. Nach Auffassung von Handwerk, Bauindustrie und Gewerkschaften hat sich das Gesetz hervorragend bewährt.

»CDU und FDP haben die faktische Abschaffung des Vergaberechts durch den Landtag gepeitscht, ohne Unternehmensverbände und Gewerkschaften auch nur anzuhören«, sagte der Wirtschaftsexperte der SPD-Fraktion Gerd Will. »Die Abgeordneten, die für die Neuregelung gestimmt haben, sind persönlich für den Verlust von Arbeitsplätzen vor allem auf dem Bau verantwortlich.« Will verwies darauf, dass gerade Baugewerbe und Handwerk massiv unter der ruinösen Konkurrenz durch osteuropäische Billig-Anbieter litt. »Dass jetzt auch das Land diesen schwarzen Schafen der Branche Aufträge erteilen darf, ist ein ordnungspolitischer Skandal.« Der damalige Oppositionsführer Christian Wulff hatte das Ver-

gabegesetz für den Baubereich im Jahr 2002 noch eindeutig unterstützt. Nach der Regierungsübernahme habe die Fraktionen von CDU und FDP aber sofort einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Vergaberecht faktisch aushebeln sollte. Dieser Gesetzentwurf lag anschließend über zwei Jahre unbearbeitet im Wirtschaftsausschuss, bevor er erst im Dezember wieder aufgegriffen und nun ohne echte Beratung durch das Parlament geboxt wurde.

Ab dem 1. Januar unterliegen nur noch Aufträge im Wert von mehr als 30.000 Euro den Bestimmungen des Vergabegesetzes. Bislang liegt der Schwellenwert bei 10.000 Euro. Damit werden ca. 90% aller öffentlichen Aufträge gar nicht mehr vom Vergabegesetz erfasst. Außerdem soll das Gesetz nicht mehr für Aufträge von kommunalen Tochterunternehmen, wie zum Beispiel den Stadtwerken, gelten. Schließlich sollen die Unternehmen in Zukunft nicht mehr an einen »repräsentativen« Tarifvertrag gebunden sein, auch



**Gerd Will,  
wirtschaftspolitischer Experte**

Vereinbarungen zwischen »Mini-Gewerkschaften« und Arbeitgebern sollen nun in ganz Niedersachsen die verbindlichen Mindeststandards definieren können. Diese Tarifverträge liegen erfahrungsgemäß im Standard weit unter dem von DGB Gewerkschaften.

## »öffentlicht-rechtlich« – Der Druck nimmt zu!

von Heinrich Aller, MdL (Finanzminister a.D.)

**Ein »A-Rating« für die Nord/LB. Das war wichtig für die neue Positionierung der Bank ab 2005. Für dieses Ergebnis haben viele hart und erfolgreich gearbeitet. Das »A-Rating« ist eine hervorragende Basis für den künftigen Auftritt der Bank unter veränderten Marktbedingungen. Es ist eine echte Gemeinschaftsleistung.**

Dennoch – es scheint Mode geworden zu sein, mit Amerikanismen alle und jede Notwendigkeit von Veränderung in Deutschland zu begründen. Viel zu oft werden anglo-amerikanische Begriffe als Totschlagargumente missbraucht. »Shareholder-value-Logik« entwickelt gepaart mit schier unwiderstehlichen Gesetzen des Wettbewerbs eine unheimliche Dynamik. Vor allem in der Finanzwirtschaft laufen Umstrukturierungsprozesse immer schneller und immer häufiger nach dem gleichen Muster ab.

Es muss jeden Manager, Mitarbeiter und Mitbestimmer wütend machen, wenn die eigenen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen immer öfter fremd bestimmt werden. Spätestens seit der erfolgreichen Attacke der Privaten auf Gewährsträgerhaftung und Anstaltslast ist klar, dass das öffentlich-rechtliche Kredit- und Versicherungswesen weiter unter Druck steht. Niemand weiß das besser als die Belegschaften.

Für den interessierten Außenstehenden stellt sich im Fall der Nord/LB die Frage, ob bei der strategischen Ausrichtung des Unternehmens mit dem wichtigsten »Asset«, dem Personal, verantwortlich umgegangen wird. Die Berichterstattung in der Wirtschaftspresse und Informationen aus der Bank werfen Fragen auf. Man fühlt sich erinnert an Aktiengesellschaften, die mit rigidem Personalabbau erst die Gewinne und dann die Aktienkurse nach oben treiben.

Kluge Personalpolitik erschöpft sich nicht in Meldungen über Stellen- und Personalkostenabbau. »Corporate responsibility« ist eben das Gegenteil von einem Vorgehen, bei dem Hinweise auf Sozialplan, betriebsbedingte Kündigungen und großzügige Abfindungsangebote die Diskussion bestimmen. Den Exodus von z. T. hoch qualifiziertem Personal zu beschleunigen mag die Ratingagenturen freuen, vertrauensbildend und motivationsfördernd ist das nicht.

Bei allem Respekt vor der Rollenverteilung bei der Wahrnehmung der Eigentümerinteressen des Landes muss die Politik insgesamt die Frage beantworten, wohin die Reise gehen soll. Bei den Sparkassen hat der niedersächsische Landesgesetzgeber das mit dem neuen Gesetz Partei übergreifend sehr eindeutig geregelt. Das gibt den Instituten und Trägern Rechtsicherheit und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Perspektive.

So paradox es für manche klingen mag: Die Charakteristika öffentlich-rechtlicher Unternehmen selbstbewusst und offensiv, also als wichtigen Bestandteil der »Corporate Identity« von Sparkassen, Landesbanken und Versicherungen wettbewerbsorientiert einzusetzen, ist kein Selbstzweck. Öffentlich-rechtliche Unternehmensalternativen sind nach allem, was Markt und Wettbewerb an negativen Auswüchsen unserer Gesellschaft zumuten, wichtige Korrektive im Interesse einer sozialen Marktwirtschaft.



Heiner Aller, Finanzexperte

Gerade deshalb ist Wachsamkeit angezeigt, wenn kürzlich der niedersächsische Finanzminister wohl nicht ohne Grund auf die »privatrechtlich strukturierten« Versicherungsunternehmen in anderen Teilen Deutschlands hingewiesen hat. Bekannt ist, dass die VGH und der Sparkassenverband Niedersachsen ein Konzept erarbeitet haben, wie die künftigen Trägerstrukturen für öffentliche niedersächsische Versicherungsunternehmen wettbewerbsfähig ausgestaltet werden können.

Es wäre gut, wenn die Landesregierung sehr schnell eine klare Ansage mache. Der so harmlos klingende Satz – »Deshalb müssen wir uns fragen, ob die aktuellen Rechtsgrundlagen, also auch das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen in Niedersachsen dazu geeignet sind, unseren niedersächsischen Unternehmen die Bedingungen zu bieten, die sie brauchen, um an Entwicklungen teilzuhaben, die sich künftig ergeben.« – führt direkt zurück auf die Frage, in wessen Interesse eigentlich die so zwingend notwendigen Anpassungsprozesse letztlich sind und wer davon profitiert.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von verdino – newsletter der ver.di-Betriebsgruppe der Nord/LB Hannover, Ausgabe 8 – Dezember 2005.

Weitere Informationen im Internet unter [http://hannover.verdi.de/fachbereiche/fachbereich\\_1\\_finanzdienstleistung](http://hannover.verdi.de/fachbereiche/fachbereich_1_finanzdienstleistung)

### Impressum

**SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover**

#### V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

#### Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)

Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

#### Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

## Im Fleischskandal überschlagen sich plötzlich die Experten mit Verbesserungsvorschlägen

**Erst vier Wochen nachdem die ersten Meldungen über einen Fleischskandal in Niedersachsen durch die Presse gingen, kommt auch Bewegung in CDU und FDP auf Landesebene. Viel zu spät, findet Karin Stief-Kreihe, agrarpolitische Sprecherin.**

Die SPD-Landtagsfraktion hatte bereits im letzten Monat auf den Fleischskandal reagiert und zu einem Fachgespräch eingeladen. Notwendig wurde dies aus Sicht der SPD, nachdem der niedersächsische Verbraucherschutzminister eine mehr als klägliche Vorstellung in der Aktuellen Stunde des Landtages abgeliefert hatte. Es wurde abgewiegelt und verniedlicht. Konkrete Verbesserungsvorschläge waren nicht zu hören. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wurden vom Minister mit ihrer Verunsicherung allein gelassen.

Ein unmöglicher Zustand und eines Verbraucherschutzministers unwürdig, fand die die SPD-Landtagsfraktion und lud kurzerhand Expertinnen und Experten zu

einem Fachgespräch. Dort wurden die tatsächlichen Probleme aufgezeigt und die notwendigen Schritte diskutiert. Heraus kam ein Neun-Punkte Plan, der dann später sogar in wesentlichen Teilen von Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer übernommen wurde. (Siehe auch <http://www.spd-landtag-nds.de/web/content.jsp?nodeId=7654&lang=de.>)

Damit auch der zuständige Minister seine Hausaufgaben ordentlich machen kann, wurden die neun Punkte in einen Entschließungsantrag gegossen. Dieser fordert neben verbesserter Personalausstattung bei den Lebensmittelkontrollen auch ein Informantenschutzgesetz und – endlich – ein Verbraucherinformationsgesetz.



**Karin Stief-Kreihe, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion**

## Guter Tag für junge Menschen

**2006 wird das »Niedersächsische Jahr der Jugend«. Dies hat der Landtag am 9. Dezember mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen. CDU und FDP hatten sich zuvor nach längeren internen Debatten dazu bereit erklärt, einen von der SPD gemeinsam mit der Fraktion der Grünen eingebrachten Antrag zu unterstützen.**

»Dies ist ein guter Tag für die Jugend im Lande«, so der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Michael Albers. Albers weiter: »Der einstimmige Beschluss des Landtages ist ein deutliches Zeichen gerade für die junge Menschen in Niedersachsen, dass wir über Parteidgrenzen hinweg die Situation von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen.

Er hoffe deshalb, dass die Landesregierung die nun gemachten Zusagen einhält und beispielsweise die Jugendarbeitslosigkeit engagierter bekämpfe als bislang. »Niedersachsen ist in dieser entscheidenden Frage Schlusslicht in Deutschland«, kritisierte Albers.

Albers weiter: »Das Jahr der Jugend soll kein Jubeljahr werden, sondern ein Jahr der Arbeit. Deshalb haben wir uns in unserem Haushaltsantrag auch dafür einge-

setzt, dass das Land für Aktivitäten zum ›Jahr der Jugend‹ 350.000 Euro einplant. Wir werden als SPD sehr darauf achten, dass auch wirklich jeder Punkt der Entschließung berücksichtigt wird und es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt!«

Bei der Umsetzung des »Niedersächsischen Jahres der Jugend 2006« werden deshalb die Träger der Jugendhilfe, der ehrenamtlichen Jugendarbeit, der Schulen wie auch der Jugendberufshilfe, der Berufsfachverbände und die kommunalen Träger einbezogen.

Besonderes Anliegen des Landtages ist es, die zum Teil problematischen Lebenssituationen der Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen deutlich zu machen und Hilfen anzubieten sowie die hervorragenden Leistungen im Bereich der ehrenamtlichen Jugendarbeit zu würdigen. Der



**Michael Albers,  
jugendpolitischer Sprecher**

Landtag forderte die Landesregierung auf, zeitnah ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Konzept vorzulegen.

## Zähes Ringen um gemeinsamen Nationalpark Harz zum Abschluss gebracht

**Nationalparkgesetz auf der Zielgeraden doch noch gerettet und einstimmig verabschiedet. Jetzt müssen die Chancen, die aus einem gemeinsamen Nationalpark für die Region erwachsen, von allen Akteuren genutzt werden.**

Die lange Geschichte um den Nationalpark hat ein – vorläufiges – glückliches Ende gefunden. In der letzten Landtagswoche wurde das Gesetz, das Grundlage für einen gemeinsamen Nationalpark mit Sachsen-Anhalt ist, verabschiedet. Die Parlamentarier waren sich fraktionsübergreifend einig, dass dies ohne den intensiven Einsatz des Gesetz- und Beratungsdienstes sowie die Abgeordneten des Umweltausschusses nicht möglich gewesen wäre.

Es hatte immer wieder Verhandlungen mit Sachsen-Anhalt über das Gesetz gegeben. Bis zum Schluss war nicht klar, ob Sachsen-Anhalt einem notwendigen zweiten Staatsvertrag zustimmen würde. Insbesondere die von Niedersachsen so dringend geforderte Berücksichtigung kommunaler Interessen stieß im Nachbar-

land auf Gegenwehr. »Der gemeinsame Nationalpark sollte von der gesamten Region getragen werden,« so Petra Emmrich-Kopatsch (Harzer Abgeordnete der SPD-Fraktion), »darum war es uns so wichtig, dass die Kommunen vor Ort hinter den gesetzlichen Regelungen stehen. Ihre Interessen in Form von Entwicklungsperspektiven sollten sich im Gesetz wiederfinden.«

Mit dem Gesetz über den Nationalpark Harz beschloss der Landtag ebenfalls einstimmig einen Entschließungsantrag, der von der niedersächsischen Landesregierung unter anderem eine Berichtspflicht fordert. »Der gemeinsame Nationalpark Harz steckt ja noch in den Kinderschuhen,« findet Rolf Meyer, forstpolitischer Sprecher, »Vielleicht müssen wir Parlamentarier bei den ersten Gehversuchen



**Rolf Meyer,  
Sprecher für Forstwirtschaft**

behilflich sein, darum wollen wir auch weiter ein Auge darauf haben.«

## SPD-Fraktion unterstützt Modellversuch zum Bürokratieabbau

### Widerstand gegen Eingriffe ins Personalvertretungsgesetz und in Kindertagesstättenstandards

**Grundsätzliche Zustimmung fand der Modellversuch zur »Modellhaften Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume« bei der SPD-Landtagsfraktion. »Wenn es darum geht, unsachgemäße Ausdehnung von Bürokratie abzubauen sowie immer komplizierter und ineffizienter werdende Arbeitsabläufe im öffentlichen Dienst zu deregulieren, haben wir in diesem Haus eine parteiübergreifende Zustimmung. Das gilt erst recht wenn es darum geht, Entlastungen für Bürger und Bürgerinnen, Wirtschaft und Kommunen zu schaffen. Mit dem Modellversuch können die Auswirkungen des Bürokratieabbaus erprobt werden«, erklärt SPD-Kommunalexpertin Jutta Rübke.**

»Mit finanziellen Entlastungen für die durch den fortgesetzten schwarz-gelben Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich gebeutelten Kommunen ist durch den Modellversuch jedoch nicht zu rechnen«, erklärte Rübke. Nachdem CDU und FDP im Haushaltsjahr 2005 den kommunalen Finanzausgleich um 150 Millionen Euro gekürzt haben und diese Kürzung gemäß Haushaltplanentwurf der Landesregierung auch im Jahr 2006 fortgeschrieben wurde, ist im Interesse der Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene höchste Priorität auf eine angemessene Finanzausstattung zu legen. »Es wird noch zu überprüfen sein, ob die gegenwärtige Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen überhaupt die verfassungsrechtlich verankerte Verteilungssymmetrie wahrt«, sagte Rübke.

In zwei Punkten ist der Modellversuch jedoch bei der SPD-Landtagsfraktion auf entschiedene Ablehnung gestoßen: Sowohl der Eingriff in das Personalvertretungsgesetz als auch die Aufhebung der räumlichen Mindeststandards für Kindertagesstätten wurden von CDU und FDP gegen den Widerstand der SPD organisiert: »Weder in der Gesetzesbegründung noch in der Anhörung des Ausschusses für Inneres und Sport konnte ein Hinweis darauf gefunden werden, warum und vor allem wie eine »versuchsweise Entlastung (...) vor allem auch für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen« durch eine Änderung des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes erzielt werden kann«, sagte Rübke.

Ebenso problematisch ist der Eingriff in



**Jutta Rübke,  
Mitglied im Innenausschuss**

die räumlichen Standards für Kindertagesstätten: In der Anhörung des Ausschusses für Inneres und Sport ist darauf hingewiesen worden, dass die Bedeutung der räumlichen Standards für die inhaltliche Arbeit und die Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen für Kinder in Kindertages-

einrichtungen unzureichend bekannt ist oder aber ignoriert wird. Die Nichtanwendung der Mindestanforderungen bedeutet, dass Regelungen über die räumliche Mindestausstattung wie Mindestflächen für Gruppenräume, Ruheräume für Krippenkinder bei Ganztagsbetreuung, Räume für besondere Tätigkeiten wie für Schularbeiten oder Werken und Außenflächen zum Spielen sowie Garderobenbereiche außerhalb der Gruppenräume nicht mehr vorhanden sein werden.

»Natürlich stehen die Modellgemeinden nicht im Verdacht, die versuchsweise Aufhebung dieser Vorschriften zum Nachteil

der Kinder zu nutzen«, sagte Rübke. »Dennoch ist kritisch zu hinterfragen, ob sich derartige Standards überhaupt zur versuchsweisen Deregulierung eignen. Seit langem ist durch wissenschaftliche Untersuchungen belegt, dass nicht nur die pädagogisch-inhaltlichen Konzepte wesentlich zur umfassenden, gedeihlichen Entwicklung von Kindern sind, sondern auch die räumlichen Bedingungen und sachlichen Ausstattungen Einfluss auf die geistige und körperliche Reifung und Förderung von Kindern haben. Es gibt nach allgemein anerkannter Auffassung drei Kernbereiche pädagogischer Mindeststandards für Kindertagesstätten: Personalschlüssel, Gruppengröße und Raum-

größe. In den Modellgemeinden sollen daher nicht überflüssige bauliche Standards gelockert werden – dies ist längst geschehen –, sondern es soll in einen Kernbereich der pädagogischen Standards eingegriffen werden«.

Schließlich sind auch in methodischer Hinsicht Zweifel an der Eignung dieser Vorschriften für einen Modellversuch angebracht. »Allein die Tatsache, dass – davon auszugehen ist – in den Modellgemeinden keine Unterschreitungen der räumlichen Standards erfolgen werden, erlaubt keinerlei verlässliche Rückschlüsse auf die Entbehrlichkeit dieser Standards«, sagte Rübke.

## Niedersächsischer CDU-Innenminister blockiert humanitäre Altfallregelung

»Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass die geltenden Regelungen immer wieder zu inhumanen Entscheidungen bei langjährig geduldeten Flüchtlingen führen«, sagte Heidi Merk, innerhalb der SPD-Fraktion für die Arbeit des Petitionsausschusses zuständig. »Es ist absolut inakzeptabel, dass immer wieder bestens integrierte Flüchtlinge, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben, abgeschoben werden«, so der migrationspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Klaus-Peter Bachmann.

Die beiden verwiesen darauf, dass insbesondere in Deutschland geborene Kinder unter der Rechtslage zu leiden hätten. »Sie werden eben nicht in ihre Heimat abgeschoben, sondern aus ihrer Heimat«, so die SPD-Politiker.

Die SPD-Fraktion hat einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht, in dem eine humanitäre Lösung für diese »Fälle« gefordert wird. In dem Antrag

wird auf den zwischen SPD, CDU und CSU abgeschlossenen Koalitionsvertrag verwiesen, in dem es heißt: »Dabei soll insbesondere auch überprüft werden, ob eine befriedigende Lösung des Problems der so genannten Kettenduldungen erreicht worden ist. Im Rahmen der Evaluierung ist auch zu prüfen, ob alle (...) humanitären Probleme, etwa mit Blick auf in Deutschland aufgewachsene Kinder, wie beabsichtigt befriedigend gelöst sind«. Mit dem Zuwanderungsgesetz sollte eigentlich die Lage der geduldeten Ausländer verbessert werden, doch leider ist häufig das Gegenteil der Fall.

»Es ist nicht nachvollziehbar, dass der CDU-Innenminister eine Altfallregelung kategorisch ablehnt. Es war vor allem Herr Schünemann, der eine menschliche Regelung in der Innenministerkonferenz verhindert hat«, sagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Wolfgang Jüttner.

Mit Entsetzen reagierte Jüttner auf den Vorstoß des Innenministers, Kindern unter bestimmten Umständen ein Bleiberecht zu gewähren, deren Eltern aber abzuschlieben. »Herr Schünemann will die Betroffenen vor eine perverse Wahl stellen: Entweder wird die ganze Familie abgeschoben oder die Eltern lassen ihre minderjährigen Kinder in Deutschland zurück. Ich bin schockiert über die Kälte, mit der das Mitglied einer sich christlich nen-



Klaus-Peter Bachmann,  
migrationspolitischer Sprecher



Heidrun Merk,  
Sprecherin der Fraktion zu Petitionen

nenden Partei mit Menschen in einer ohnehin höchst schwierigen Lage umgehen will«.

Schünemanns Amtskollege aus Hessen hat einen praktikablen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Dass der niedersächsische CDU-Innenminister sich dieser sinnvollen Lösung verweigert hat zeigt, dass ihm das Schicksal der hier heimisch gewordenen Ausländer gleichgültig ist.«

## Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung: »Niedersachsen-Netzwerk«-Seminar am 28.01.2006 »Zukunft der sozialen Sicherungssysteme«

Seit nunmehr über zwei Jahren gibt es die Einrichtung des »Niedersachsen-Netzwerkes«. Es wird mittlerweile von 1.500 Userinnen und Usern genutzt. Täglich begegnen sich Hunderte von ihnen aus allen Regionen, Städten und Gemeinden Niedersachsens virtuell auf den Internetseiten. – Aber eben nur virtuell. Wir finden: Es wird Zeit sich mal in die Augen zu sehen. Deshalb bieten wir ein reales Treffen an einem Samstagnachmittag an.



**Prof. Dr. Frank Nullmeier**

Dabei soll es nicht nur um den Austausch über die bisher gesammelten Erfahrungen mit dem »Auftritt«, um möglich Anregungen und Verbesserungsvorschläge gehen. Wir bieten auch ein »Bildungsprogramm« zu einem zentralen Thema der politischen Diskussion in Deutschland.

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind spätestens mit dem vergangenen Bundestagswahlkampf in den gesellschaftlichen Blickpunkt geraten. Auf dem Tagesseminar soll neben einer Bestandsaufnahme eine Perspektive für eine solidarische Bürgergesellschaft beschrieben werden. Hierzu konnte Prof. Dr. Frank Nullmeier als Referent gewonnen werden. Er ist u.a. bekannt aus seiner Arbeit für die Kommission »Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme«. Diese hatte Ulla Schmidt 2002 mit Experten wie Prof. Bert Rürup und Prof. Karl Lauterbach berufen.

### Ablauf:

- 15:00 Uhr **Begrüßung**  
Wolfgang Jüttner, SPD-Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag
- 15:15 Uhr **»Zukunft der sozialen Systeme«**  
Referat von Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen – Zentrum für Sozialpolitik)  
anschließend Diskussion
- 17:00 Uhr **Ansprüche der Userinnen und User an das »Niedersachsen-Netzwerk«**
- 18:00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Teilnahmegebühren werden nicht erhoben. Während der Veranstaltung werden Speisen und Getränke gereicht. Fahrtkosten können leider nicht erstattet werden.

**Anmeldeschluss: 23.01.2006**

Anmeldungen und Nachfragen bitte richten an:  
Thilo Scholz, Tel. 0511/30 30-40 38, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail: Thilo.Scholz@LT.niedersachsen.de

## Innenpolitiker beobachteten den Castor-Transport Einsatz vor Ort

Der diesjährige Castoreinsatz vom 20. bis zum 22. November wurde vom Innenarbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion unmittelbar vor Ort beobachtet. Der innenpolitische Sprecher Heiner Bartling und die Abgeordneten Klaus-Peter Bachmann, Sigrid Leuschner, Jutta Rübke sowie Klaus-Peter Dehde als lokaler Abgeordneter besuchten dabei die Gefangenensammelstelle und die Einsatzzentrale der Polizei in Lüchow und informierten sich bei der Einsatzleitung über die Planung der Polizei und die aktuelle Lage vor Ort.

Anschließend beobachteten die Abgeordneten den Einsatz vor Ort an der Bahnstrecke, der Verladestelle und der Straßentransportsstrecke. Hierbei suchten Sie sowohl das Gespräch mit den eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten wie auch mit den Demonstrierenden und bemühten sich schlichtend und vermittelnd einzuwirken.



Für den Innen-Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion beobachteten Jutta Rübke, Sigrid Leuschner, Klaus-Peter Bachmann und Heiner Bartling (v.l.n.r.) den Castor-Transport.

## Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

### 10.01.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Niedersächsischer Landtag (Raum 122) – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 17.01.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Niedersächsischer Landtag (Raum 122) – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 17.01.2006, 14:00 bis 16:00 Uhr

Fraktionssitzung

Niedersächsischer Landtag (Raum 122) – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 17.01.2006, 17:00 bis 19:00 Uhr

FES im Landtag: »Vater Staat« oder »Moloch Staat«? – Sicherung der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung

Mit Vorträgen von

- Carl Tham (schwedischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland) zum Thema »Sicherung der sozialen Demokratie in Schweden in Zeiten der Globalisierung« und
- Wolfgang Storz (Chefredakteur der Frankfurter Rundschau) zum Thema »Mein Feind – der Staat?«

Niedersächsischer Landtag (Restaurant Leineschloss) – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 24.01.2006, 12:00 bis 14:00 Uhr

Fraktionsvorstand

Niedersächsischer Landtag (Raum 122) – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 24.01.2006, 15:00 bis 17:00 Uhr

Fraktionssitzung

Niedersächsischer Landtag (Raum 122) – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 24.01.2006 ab 18:00 Uhr

Verleihung des Kunstpreises 2005 der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Wilhelm-Busch-Museum – Georgengarten – 30167 Hannover

### 25. bis 27.01.2006

Landtagsplenum

Niedersächsischer Landtag – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 28.01.2006 von 15:00 bis 18:00 Uhr

Tagesseminar der FES: »Zukunft der sozialen Systeme«

Angebot speziell für Userinnen und User des »Niedersachsen-Netzwerkes«

Niedersächsischer Landtag (Raum 122) – Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 – 30159 Hannover

### 02.02.2006 von 10:00 bis 16:30 Uhr

Polizeifachtagung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Foyer der IG BCE – Königsworther Platz 6 – 30167 Hannover

## Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine